„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochsausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Canadisch-deutsche Kulturbeziehungen

Mit beträchtlicher Anteilnahme verfolgt ein Teil der englisch-canadischen Presse die Vortragsreise von Herrn Dr. Ludwig Mueller von Wuppertal-Barmen. Mit glänzender Beredsamkeit hat er in der Jahresversammlung der Schulvorsteher-Vereinigung von Saskatchewan in Moose Jaw und ferner vor einem ausgewählten Publikum am Freitag abend in Regina gesprochen. In zahlreichen anderen canadischen Städten im Westen und Osten des Landes wird er in den nächsten Wochen ebenfalls Vorträge halten.

Es ist wohl das erste Mal, daß ein hervorragender deutscher Volksbildner und ein bedeutender Vertreter der deutschen Erziehungswissenschaft, auf Einladung einer canadischen Organisation wie diesmal des canadischen Nationalrates für Erziehungswesen dieses Land bereist, um die interessierten Kreise Canadas mit neuen und gesunden Strömungen auf dem Erziehungsgebiete vertraut zu machen. Herr Dr. Mueller ist zudem ein feinsinniger und taktvoller Interpret deutschen Geisteslebens und versteht es meisterhaft, seine Zuhörer zu fesseln, wie sich dies letzten Freitag abend in Regina deutlich zeigte. Sehr wertvoll ist es für ihn, daß er die englische Sprache so vorzüglich beherrscht, wodurch er selbst ein nachahmenswertes Beispiel dafür bietet, wie hoch die Ausbildung in mehreren Sprachen zu schätzen ist.

Die „Leader-Post" in Regina hat in einem Leitartikel (Morgenausgabe vom 21. Febr. 1931) unter der Ueberschrift „Dr. Mueller's Visit" eine beachtenswerte Aeußerung gebracht, die festgehalten werden sollte. Die englische Zeitung schreibt:

> „Deutschland ist seit Generationen ein Führer auf dem Gebiete des Erziehungswesens gewesen. Die Nationen haben stets in ihm eine Informationsquelle für neue Ideen und Methoden auf diesem Gebiete erblickt, ebenso wie sie auf Deutschland seit langer Zeit als einen Führer in einigen der tiefsten Wissenszweige wie Metaphysik und Philosophie hingeschaut haben. Dr. Muellers Besuch in Canada ist bedeutsam, weil unser Land mit dieser wichtigen Quelle des Bildungswesens und der Bildungsmethoden wieder in Berührung gebracht wird."

Diese Sätze verdienen deswegen Beachtung, weil sie die Erkenntnis betonen, daß es wünschenswert wäre, mit europäischen Ländern wie Deutschland in engere Fühlung auf geistigem Gebiete zu treten. Ohne Zweifel könnte ein bedeutender Fortschritt im Leben der Völker wie insbesondere auch in den Beziehungen zwischen Canada und dem deutschen Kulturkreis erzielt werden, wenn eine solche geistige Annäherung immer weitere Kreise ziehen würde. Ein reger Austausch zwischen canadischem und deutschem Geistesgut müßte beide Teile befruchten und beiden Teilen zum Nutzen gereichen.

Ungarns Revisions-Propaganda

„Unter den Opfern der Friedensverträge betreibt keines die Revisionsforderung mit gleicher Planmäßigkeit und gleicher organisierter Tatkraft wie Ungarn," schreibt die Magdeburgische Zeitung. Die im Sommer 1927 von rund 100 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vereinigungen gegründete Ungarische Revisionsliga umfaßt, nachdem sie seit der Gründung ununterbrochen durch den Beitritt weiterer Vereine, Körperschaften und Einzelner angewachsen ist, heute rund zwei Millionen ungarischer Männer und Frauen — darunter, was besonderes bemerkenswert ist, auch Massen von Industriearbeitern. Das bedeutet, daß ihr bei 6½ Millionen Einwohnern des Landes rund ein Drittel der Bevölkerung angehört. Oder, wenn man die Familienmitglieder hinzurechnet, praktisch fast die ganze Nation. Das ist eine gewaltige organisatorische Leistung und zugleich Ausdruck eines beneidenswert geschlossenen nationalen Willens zu einem einzigen Ziele.

Neben diese organisatorische Leistung tritt dann aber auch noch eine in immer neuen Formen erfinderische Propaganda für die Revision bei der Weltmeinung. Als neues Beispiel dafür ist eine Denkschrift zu nennen, mit welcher sich der ungarische Juristenverband an die Juristen der ganzen Welt wendet. Ihr Text stand in einer außerordentlichen Landesversammlung des Verbandes zur Debatte und wurde von dieser mit Begeisterung einstimmig gutgeheißen. Ihr Zweck ist, wie der Vorsitzende, der greise Apponyi, darlegte, den berufsmäßigen Hütern des Rechtsgedankens in der ganzen Kulturwelt zum Bewußtsein zu bringen daß der Vertrag von Trianon unter dem Gesichtspunkte des internationalen Rechts unhaltbar und daß es im Interesse aller Nationen sei, sein Unrecht im Zeichen der ethischen Auffassung und Hochachtung des Rechts wieder gutzumachen.

„Der gerechtigkeitsliebenden Menschheit gewidmet" ist ferner ein Buch mit dem Titel „Gerechtigkeit für Ungarn! Trianons grausame Irrtümer", das Verleger und Chefredakteur des Pesti Hirlap, zwei Brüder Legrady, vor kurzem verfaßt und in alle Welt versandt haben. Das prachtvoll ausgestattete Buch stellt die Ungerechtigkeiten des Diktats von Trianon in einem Ineinandergreifen von Text, Bildern, Karten und Tabellen mit erstaunlicher Eindringlichkeit und Einprägsamkeit dar. Dieser Darstellung ist dann auf etwa 120 Seiten noch ein Bilderbestand beigegeben, der in glänzenden Kupfertief- und Farbendrucken einen prachtvollen Ueberblick über Ungarns kulturelle Leistung in bildender Kunst, Literatur, Musik, Architektur und zivilisatorischen Werken vermittelt. Dieser Teil des Buches verbürgt wohl seine interessierte Durchsicht überhaupt bei allen Stellen, denen es in aller Welt in den wichtigsten Kultursprachen zugesandt wurde. Und es kann kaum ausbleiben, daß dabei auch die vaterländische Revisionspropaganda gut auf ihre Kosten kommt."

Neue deutsche Schulen in Jugoslawien

Eine überraschende Kunde durchfliegt die deutschen Siedlungen in Südslawien: Das Belgrader Unterrichtsministerium hat die Eröffnung von 56 neuen deutschen Volksschulen angeordnet und in Aussicht gestellt, daß diese Aktion fortgesetzt werden soll, bis überall, wo die gesetzliche Mindestzahl von 30 schulpflichtigen Kindern vorhanden ist, deutsche Minderheitenabteilungen an den staatlichen Volksschulen errichtet sein werden.

Diese Maßnahme steht zweifellos im Zusammenhang mit der Schulverordnung, die der deutschen Minderheit die Zulassung einer privaten deutschen Lehrerbildungsanstalt und einen sechsklassigen deutschen Volksschulunterricht gewährleistet. Um ihre Bedeutung voll zu würdigen, muß man sich gegenwärtig halten, daß selbst der bisher zugelassene kümmerliche zweisprachige Volksschulunterricht auf die sogenannte Woiwodschaft und einige Orte Syrmiens beschränkt blieb, während die deutschen Siedlungen in Kroatien-Slawonien und namentlich in Slowenien trotz aller Anstrengungen der deutschen Abgeordneten ohne jeglichen muttersprachlichen Unterricht geblieben waren. Nach ziemlich zuverlässigen Berechnungen mußten auf diese Weise an 40,000 schulpflichtige deutsche Kinder auf jeden Unterricht in der Muttersprache verzichten.

Das ist nun mit einem Schlag anders geworden. An 4000 bisher in slawische Volksschulen gezwungene deutsche Kinder erhalten sofort deutschen Volksunterricht. Zweierlei verdient besonders hervorgehoben zu werden: die Zulassung deutscher Volksschulen in den Städten Semlin, Pfegg, Vinkovci und Vukovar, wo die kroatische Unduldsamkeit lange Jahre vor dem Kriege die letzten Reste eines deutschen öffentlichen Unterrichts unterdrückt hatte, und die Errichtung deutscher Volksschulen in einigen Orten, wo mangels der gesetzlichen Mindestzahl von 30 schulpflichtigen Kindern die Entscheidung nach dem neuen Volksschulgesetz durchaus in das freie Ermessen des Unterrichtsministers gestellt ist. Auch daß die Stadt Cilli wenigstens eine deutsche Volksschule wiedererhalten soll, scheint eine Aenderung des Kurses der südslawischen Deutschenpolitik anzudeuten und die Hoffnung zu rechtfertigen, daß auch die Deutschen in Marburg, Pettau, Windischgraz, Gutenstein, Sankt Lenard und den übrigen Orten in Untersteiermark zu ihrem Schulrecht kommen werden.

Die Rechtslage im Danzig-polnischen Gdingenkonflikt

In einer soeben als Heft 2 der Sammlung „Materialien zum Problem Danzig" (Verlag: Danziger Verlags-Gesellschaft, Danzig) erschienenen Schrift „Die Rechtslage im Danziger polnischen Gdingenkonflikt" (Preis RM. 0.50) gibt Dr. Th. Rudolph auf 30 Seiten eine Darstellung der historischen und rechtlichen Grundlagen, auf denen die Freie Stadt Danzig ihren im Versailler Vertrage verankerten Anspruch aufbaut, als Polens Zugang zum Meere zu gelten und bis zur Genese seiner Verfassungsmäßigkeit ausgeübt zu werden. An Hand früherer Akte aus den Verträgen, Noten und Völkerbundentscheidungen weist der Verfasser nach, daß Danzig vom Reich nur deshalb abgetrennt worden ist, weil Polen damit den ihm verfassungsmäßig zugesagten Zugang zum Meere entbehren müßte, etc. Die hieraus logisch sich ergebende Verpflichtung Polens, den Danziger Hafen als seinen Meeresausgang zu benutzen, verbietet die Anlegung einer polnischen Hafenanlage im Stadtgebiet Gdingen zum Nachteil Danzigs. Die Verfassung und Souveränität Danzigs ist unantastbar und soweit der Danziger Hafen der Durchfuhr des polnischen Auswanderer-Warenverkehrs gewidmet ist, darin ausschließlich. Da dies nur vorübergehende Zeit unserer Frage sieht, richtet sich der wirtschaftlich überflüssige Gdingen-Hafenbau unmittelbar gegen die Rechtsgrundlage und Voraussetzungen der „Danzig-Lösung" des Versailler Vertrages. Der Gdingen-Hafenbau kommt, wie an den näheren Umständen seiner Entstehung bewiesen wird, einer Aufrichtung Polens gegen die Versailler Lösung des Problems eines polnischen Meeresausgangs gleich. Demgegenüber fordert Danzig sein Recht aus dem Versailler Vertrage und beruft sich in Sonderheit auf die Erklärungen, mit denen die Alliierten der Versailler Danzig-Regelung zugestimmt haben.

Die Broschüre unterrichtet schnell und eindringlich über das in seinen Auswirkungen weit über die Danziger Zone hinaus internationale Problem des polnischen Meeresausganges.

Weltumschau

Hitlers rechte Hand verhaftet. Auf Verlangen der Berliner Polizei verhaftete die Polizei in Innsbruck (Tirol) den Hauptmann Maltitz, der in Oesterreich Hitler's rechte Hand genannt wird, unter dem Verdacht, an einer Verschwörung gegen die bestehende Regierung in Deutschland beteiligt zu sein. „Die Verhaftung erfolgt im Zusammenhang mit der Fahndung nach Becker, Kolatz und Hauschke, drei deutschen Nationalsozialisten, die des Mordes an zwei deutschen republikanischen Reichsbanner-Mitgliedern in Berlin am Neujahrsabend beschuldigt werden. Maltitz soll zugegeben haben, daß er Becker versteckt gehalten und versteckt habe, eine Stellung für ihn in der Hitler-Organisation zu finden, jedoch ohne zu wissen, daß Becker eines Verbrechens beschuldigt wurde. Von den beiden anderen leugnet er irgend etwas zu wissen.

Nach der „Allgemeinen Zeitung" ist eine Organisation zum Schutze von deutschen Hitler-Anhängern tätig, die von der Polizei gesucht werden. Sie verbargen sich zuerst auf mecklenburgischen Gütern; wenn die Luft dann rein war, begaben sie sich nach dem Hauptquartier der Maltitzschen Organisation jenseits der österreichischen Grenze bei Kufstein und von dort nach Innsbruck. Von dort verteilte sie Maltitz, wie behauptet wird, auf stille Dörfer in Tirol.

Die Wiener demokratische Presse macht scharfe Angriffe gegen den Gouverneur von Tirol, Dr. Stumpf, und meint, daß die Rolle Tirols in der Beschirmung zahlreicher Verbrecher, die zu den „Bolschewisten von rechts" gehören, in den letzten Jahren geradezu berüchtigt geworden sei.

Frankreich rüstet zur See. In der französischen Deputiertenkammer wurde das Marinebudget in Höhe von 2,856,511,533 Francs (annähernd $114,260,461) angenommen, nachdem die Abgeordneten darauf erinnert worden waren, daß „Italien den Schiffsbau mit Hochdruck betreibt." Die Debatte über das Budget dauerte im ganzen nur drei Stunden. Der Marineminister Charles Dumont erklärte, daß „die Flotte die Garantie der französischen Scherben und kolonialen Integrität bedeutet, darum brauchen wir eine moderne Flotte."

Die in der letzten Zeit von England gemachten Versuche, Frankreich zu bewegen, sein Baumprogramm zu verzögern, scheinen nunmehr durch das Vorgehen der Kammer zunichte gemacht worden zu sein. Der einzige starke Widerstand gegen die gewaltigen Marinebewilligungen, die diejenigen des letzten Jahres noch um mehr als $5,000,000 übertreffen, kam von den Sozialisten, die den Versuch machten, das Budget um etwa 40,000,000 (ungefähr $1,600,000) zu reduzieren. Der von ihnen beantragte Zusatz wurde mit 450 gegen 150 Stimmen abgelehnt.

Die Kammer wird erneut, die Kredite für das Bauprogramm von 1931/32 unverzüglich gutzuheißen. Sobald die Kredite gewährt sind, wird es als sicher angenommen, daß Italien sofort Schritte unternehmen wird, den französischen Vorsprung im Flottenbau wieder weit zu machen. Großbritannien hat versucht, dieses Wettrüsten zu verhüten, indem es Konferenzen veranlaßte, in denen R. C. Craigie vom auswärtigen Amte als „Vermittler" zwischen Paris und Rom fungierte. Aber die Bemühungen haben die Lage nicht im geringsten zu ändern vermocht.

Das französische Flottenprogramm für 1931—1932 umfaßt den Bau von 42,000 Tonnen neuer Kriegsschiffe, darunter eine Anzahl Unterseeboote.

Wie Italien „abrüstet". Eine Vorlage, nach welcher militärische Zonen entlang Italiens Alpengrenzen, Frankreich und Südslawien gegenüber, errichtet werden sollen, wurde von dem italienischen Kriegsminister General Gazzera, mit der Unterstützung des Premiers Mussolini und der Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Finanz, Landwirtschaft, Oeffentliche Werke und Justiz in der Kammer eingereicht.

Nach der Vorlage werden die Bestimmungen des Gesetzes vom Jahre 1926, die sich auf die Kontrolle der zum Transport durch den jetzt erlangten Gebietsteile benutzten, wie die ganze italienische Bevölkerung, eingehen. Auch finden die Bewerbung mit wichtige Aufmerksamkeit.

Eine ganze Anzahl von Städten und Ortschaften in den nördlichen Provinzen von Piemont, Turin, Mailand, Verona, Rhone und Trieste, wie die Einwohner der benannten Bezirke, Zonen, Kom, Como und Bari, werden durch diese Einschränkungen betroffen. In den benannten Provinzen muß für irgendwelche baulichen Veränderungen, die die Tagesstärke des Landes vermindert beeinflussen würden, die Zustimmung einer Militär-Kommission eingeholt werden, das Gesetz gilt bezüglich geplanter Neuanpflanzungen durch Sträucher und Bäumchen.

Zuständig der Genua und mancherlei Zonen, welche die Bezeichnung „A Zonen" erhalten, werden auch Gebiete der ganz geringen militärischen Bedeutung als „B Zonen" ausgelegt. In diesen Zonen, welche die Grenze nicht berühren, beschränkt sich die militärische Kontrolle auf Bodenveränderungen über 1,000 Meter und auf den Bau von Straßen. Auch die Zonen Sizilien und Sardinien werden in „A" und „B Zonen" eingeteilt und unterstehen den Militärkommandos von Messina, Syrakus, Palermo und Cagliari auf Sizilien und jenen von Sassari, Nuoro und Cagliari auf Sardinien.

In der Sitzung wurde auch das Budget des Kriegsministeriums eingebracht. Es weist für das Finanzjahr Ausgaben von $7,905,282 im Vergleich mit 1930 auf. Inbesondere sind die Kosten für Unterhaltung des Heeres, angesichts der Gewährung des Landes, etwa ausgaben als früher, darin sind ganze Summen für Festungsbauten in den Grenz-Zonen ausgeworfen. Diese Mehrausgaben fallen unter das Kapitel: „Werke zur Verteidigung des Landes, Ersatz von Kriegsmaterial, Errichtung militärischer Bauten und Transportkosten."

Landwirtschaftl. Reformen in England. David Lloyd George, der liberale englische Führer, hatte schon lange getadelt, daß England nicht seine Arbeitslosenfrage dadurch zum Teil zu lösen suche, daß es die Arbeitslosen in der Landwirtschaft unterbringe. Als daher die landwirtschaftliche Vermarktungsgesetzvorlage zur zweiten Lesung kam, gaben ihr die Liberalen, die dadurch der Arbeitslosigkeit entgegenwirkende wesentliche Hilfe begründend, ihre Unterstützung, trotz der darin enthaltenen für den Sozialismus charakteristischen Richtlinien.

Das neue Gesetz würde in folgender Weise wirken: Auf Anfinden von irgendeiner Erzeugergruppe, die das Landwirtschafts-Ministerium als genügende Vertretung eines gegebenen Produkts in einer gegebenen Gegend ansieht, würde eine Behörde aus Personen zusammengesetzt werden, die von Erzeugern vorgeschlagen und gewählt, vom Landwirtschaftsminister ernannt werden. Die Behörde würde absolute Vollmacht über das in Frage kommende Produkt in der genannten Gegend haben und alle Erzeuger würden verpflichtet sein, ihre Produkte an die Behörde abzuliefern, damit diese solche klassifizieren, mit Marke versehen, packen, lagern und für den Verkauf fertig machen, und dann weiter für den Transport, die Ausprägung und die Vermarktung sorgen kann. Die Regierung glaubt, daß bei einer Zusammenarbeit der Behörden unter einander im ganzen Lande, der Markt kontrolliert werden und ein besserer Preis für den Farmer herausgewirtschaftet werden kann.

Die Behörden werden auch den Farmer hinsichtlich besserer Produktionsmethoden belehren, um die Wirksamkeit der aufgewandten Mittel zu erhöhen und den Ertrag zu heben. Auch würde sie Darlehen auf die Ernten geben, die aus einem in der Gesetzvorlage vorgesehenen Fonds von $3,125,000 zu entnehmen sind. Die Erzeugnisse, die dem Reglement solcher von der Regierung überwachten Behörden unterliegen werden, sind Milch, Kartoffeln, Hopfen, Wolle, Getreide aller Art, Käse, Schnittvieh, Schafe, Schweine, Geflügel, Eier und Obst.

MacDonald und Palästina. In einer neuen Erklärung über die englische Politik in Palästina die in Form eines an Dr. Chaim Weizmann, dem früheren Präsidenten der zionistischen Weltvereinigung, gerichteten Schreibens veröffentlicht wurde, gab Ramsay MacDonald dem Weißbuch vom Oktober 1930 eine Auslegung, die geeignet schien, den vollen Beifall der Zionisten zu finden.

Während sie einwenden, daß gewisse Stellen in dem an Dr. Weizmann gerichteten Brief verschiedene Auslegung zulassen, getrieben die Zionisten, daß sie in dem Brief einen Geist außerordentlichen Wohlwollens gegenüber den Juden und ihrer alten Heimat finden.

Die Juden erklären, daß das Schriftstück feststellt, daß der neue Entwicklungsplan jüdische Landansiedlung sehr ermutigt und ferner feststellt, daß Juden und Araber gleichmäßig in der Kommission vertreten sein sollen, die die Kontrolle über die Ausführung des Plans hat.

„Jetzt, da eine Basis für eine Zusammenarbeit wiederhergestellt ist," sagte Dr. Weizman, „sollte sich das Vertrauen in die Zukunft Palästinas wiederholen. Wir sind in anständiger Weise gehört worden und haben eine Verständigung betreffs einer Anzahl grundlegender Punkte der Politik, wie sie im Weißbuch niedergelegt ist, erreicht."

England gegen Schutzzölle. Die englische Regierung hat an sieben europäische Staaten eine Note gesandt, worin sie anregte, daß diese ihre Einfuhrzölle auf verschiedene englische Fabrikatwaren zeitweilig um 25 Prozent herabsetzen sollten. Dieser Schritt, hieß es in amtlichen Kreisen, stellte die logische Folge der kürzlichen internationalen Zoll-Waffenstillstands-Konferenz in Genf dar, wo die Abmachung getroffen wurde, daß jedes Land seine auf Zölle bezüglichen Wünsche den anderen Konferenzländern unterbreiten sollte.

Gegner der „überlieferungsmäßigen" englischen „Freihandelspolitik" führen die gegenwärtige Lage als Beispiel für das dringende Schutzzollbedürfnis an und erklären, daß solche Verhandlungen, wie sie geschehen sind, wahrscheinlich auch nicht die gerigsten Erfolge zeitigen würden, da England, das selbst keine Schutzzölle hat, kein Mittel hat, um mit den Schutzzollnationen zu feilschen.

Die englische Note wurde an Frankreich, Italien, Deutschland, Dänemark, Norwegen, Schweden und Polen gesandt.

Zunahme des Kollektiv-Farmbetriebs? Aus einer statistischen Zusammenstellung, soeben veröffentlicht von der Sowjet-Regierung, geht hervor, daß die Russen zur Landwirtschaft zurückkehren. Während der letzten 10 Tage des Januars und der ersten 10 Tage des Februars sind angeblich 726,000 Familien dem Kollektiv-Farmbetrieb beigetreten. Dieser Zug auf das Land ist die größte Wanderung in der Geschichte Rußlands. Die Entwicklung von Kollektivfarmen ist eines der Hauptziele der Sowjet-Regierung.

Im Gegensatz zu der gegenwärtigen Lage hatte die Regierung im vorigen Jahre große Schwierigkeiten, Familien für die Bewirtschaftung von Ländereien heranzuziehen und die Landflucht der Bauern zu verhindern. Nach Darlegung der Behörden ist die Neigung zum Landleben derzeit so groß, daß die Regierung in der Lage ist, die geeignetsten Kräfte auszuwählen. Die Mehrzahl der Familien, die sich um Beitritt zum Kollektiv-Farmwetrieb bewerben, kommen aus der ukrainischen Republik, dem nördlichen Kaukasus, dem weiten Gebiet des Ober- und Unterlaufes der Wolga und aus Deutschland. Ihre Ansiedlung auf den Ländereien soll allmählich im Frühjahr und rechtzeitig erfolgen, um die Bestellung der Felder zu ermöglichen.

Die von der Regierung weit verbreitete Aufforderung zur Besiedlung der Landdistrikte bereitet insofern Verlegenheit, als das Ackerbau-Kommissariat zugesagt hatte, Traktoren und andere landwirtschaftliche Maschinen zu liefern. Im vergangenen Jahre wurde ein großer Teil solcher Maschinerie in den Ver. Staaten angekauft, während in Rußland Maschinenbauanlagen errichtet wurden, die aber noch nicht in voller Betriebsfähigkeit sind und für den Bedarf nicht genügend liefern können. Die Folge ist, daß viele Arbeiter auf den Kollektivfarmen in diesem Jahre noch keine modernen Maschinen zur Verfügung haben werden und sich mit dem alten Verfahren der Landwirtschaft behelfen müssen. Dies wird vielleicht Unzufriedenheit verursachen, die von der Regierung mit der Zusage beschwichtigt wird, daß bis zum nächsten Jahre völlig modernes Wirtschaftsgerät geliefert werden wird.

Nach amtlicher Berechnung wird der Kollektiv-Landwirtschaftsbetrieb in diesem Jahre 66,000,000 Hektar Land unter Kultur bringen. Das von der Sowjets-Staatsverwaltung bereits angelegte Kapital in diesem Betriebe wird auf 3,800,000,000 Rubel (ungefähr 81,200,000,000) bezifiert.

Vizekönig verhandelt mit Gandhi. Mahatma Gandhi und der Vizekönig von Indien, die beiden Männer, die die sich widersprechenden Prinzipien verkörpern, die allen Schwierigkeiten Indiens zu Grunde liegen, hatten heute eine vierstündige Besprechung ihrer Probleme. Als Mahatma Gandhi den Palast des Vizekönigs verließ, erklärte er, daß er zufrieden, selbst optimistisch sei. Lord Irwin, der die ganze Macht des Britischen Reiches in Indien vertritt, traf zum ersten Male den kleinen Mann, dessen ganzes Leben der Freiheit Indiens geweiht ist. Beide nannten einander „Lieber Freund" bei der Begrüßung. Es war wohl eine der eigenartigsten Friedenskonferenzen der Geschichte.

Weder Gandhi noch Lord Irwin ließen irgendetwas über ihre Konferenz verlauten. Gandhis aufgeräumte Stimmung ließ jedoch deutlich erkennen, daß er mit der Zusammenkunft zufrieden war. Als er vom Palast nach dem Heime eines Freundes fuhr, bei dem er während des Aufenthaltes in New Delhi wohnt, erwiderte er lächelnd die Grüße großer Mengen von Indern, die die Straßen säumten und den Führer der Freiheitsbewegung fast wie einen Heiligen verehren.

Die Bedingungen für eine Einigung, wie sie Vizekönig Lord Irwin seiner Umgebung andeutete, gestehen nahezu alle Forderungen Gandhis zu, vorausgesetzt, daß er seine Ungehorsams-Kampagne einstellt und mitarbeitet na der Entwicklung einer indischen Verfassung auf der Grundlage der von Premier MacDonald am Ende der Londoner Indienkonferenz gemachten Vorschläge.

Eine Reise mit dem „Graf Zeppelin" für $36.00

Das Luftschiff wird im kommenden Sommer zahlreiche Ausflüge unternehmen. — Gruppen von Reisenden können das ganze Schiff für sich allein belegen.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin", das außer seiner interessanten Reise um die Welt im letzten Jahre 150 größere und kleinere Fahrten unternommen und bis Ende 1930 144,750 Meilen zurückgelegt und insgesamt 4,225 Passagiere befördert hat, wird wie die „Hamburg-Amerika Linie", die Generalvertretung der Luftschiffbau Zeppelin-Gesellschaft, mitteilt, auch in diesem Jahre zahlreiche Flüge ausführen. Die Pläne der Zeppelin-Gesellschaft gehen dahin, das Luftschiff noch mehr als früher in den Dienst von Passagierfahrten zu stellen und durch Veranstaltung möglichst billiger Fahrgelegenheiten jedermann zugänglich zu machen. Insbesondere ist Gruppen und ganzen Gesellschaften von Reisenden Gelegenheit geboten, den „Graf Zeppelin" für die Dauer von ein bis zwei Tagen zu chartern, wobei sich eine Gruppe von 15 bis 25 Teilnehmern zusammenfindet.

Im einzelnen werden folgende Fahrten angeboten:

Lange Fahrten — Dauer etwa drei bis vier Tage. Ziele dieser Fahrten liegen im Umkreis bis zu 2000 Meilen vom Abfahrtsort und würden nach dem Nordkap oder nach Island führen, aber auch dem Mittelmeer, nach Aegypten, den Kanarischen Inseln, den Azoren, etc. Der Fahrpreis für das ganze Schiff beträgt $8335 bei einer Belegung von 22 Personen. Der Durchschnittspreis einer Einzelkarte wäre demnach $380.

Mittlere Fahrten — Dauer etwa 24 Stunden. Ziele dieser Fahrten liegen im Umkreis von 700 Meilen vom Abfahrtsort und würden von Friedrichshafen aus die Nordsee, Ostsee, England, Biskaya—Saint Sebastian—Santander, Riviera—Nizza—Genua, spanische Ostküste bis Barcelona, von Berlin aus: Rundfahrt um die Ostsee bis etwa Helsingfors, Rundreisefahrt bis Bergen, Nordmeerfahrt bis zur englischen Küste. Diese Fahrten kämen in Frage in der ersten und zweiten Julihälfte, dann im September und Oktober. Der Preis für das ganze Schiff beträgt $2,960 bei Belegung von 22 Personen, oder je $120.

Tagesfahrten — Dauer etwa 8 bis 10 Stunden. Ziele im Umkreis von etwa 300 Meilen, von Friedrichshafen z. B. nach der Schweiz, Donaumarsch, Alpen, Süddeutschland. Von Berlin aus bis an die Ostseeküste. Fahrpreis für das ganze Schiff $2030 bei einer Beteiligung von 30 bis 35 Personen, oder durchschnittlich etwa $60 pro Person.

Kurze Fahrten — Dauer etwa 3 bis 4 Stunden (Morgen- und Abendfahrten). Ziele bis etwa 70 Meilen vom Abfahrtsort, von Friedrichshafen z. B. nach dem Bierwaldstätter See, dem Schwarzwald, Vorarlberg, etc. Fahrpreis für das ganze Schiff $1190, Belegung mit 30 bis 35 Personen, Durchschnittspreis einer Einzelkarte $36.

Schon für Anfang April ist eine Reise nach Aegypten in Aussicht genommen, und am 29. Mai geht eine Reise von Friedrichshafen nach Sevilla, von dort um Spanien herum über Lissabon, Oporto, Vigo, Santander, San Sebastian, Biarritz, Toulouse, Barcelona, Valencia, Malaga und Gibraltar. In Sevilla findet eine Zwischenlandung statt. Rückkehr nach Friedrichshafen am 2. Juni vormittags. Außer diesen Fahrten wird die Luftschiff-Gesellschaft noch eine Reihe Sonderfahrten, sowie einige Uebersee-Fahrten ansetzen, sodaß eine Fahrt im „Graf Zeppelin" über Europa diesmal im Bereich eines jeden Europabesuchers ist und zweifellos manchen Amerikaner anlocken wird, der im kommenden Sommer nach drüben geht.

Die stärksten Lokomotiven der Welt

Man ist gegenwärtig in der Schweiz mit dem Bau von neuen elektrischen Lokomotiven beschäftigt, die die stärksten der Welt sein werden. Sie werden eine Länge von 34 Metern und ein Gewicht von 245 Tonnen aufweisen. Sie werden eine Kraft von 7000 Pferdekräften entwickeln und Expreßzüge von 600 Tonnen sowie Güterzüge von 750 Tonnen mit einer Stundengeschwindigkeit von 60 Kilometern die steilsten Rampen der Gotthardbergstrecke hinaufbefördern können.

Pfarrer Dr. Theodor Zöckler 40 Jahre in Stanislau

Am 29. Januar 1891 kam Pfarrer Dr. Zöckler, der jetzige Superintendent und Leiter der berühmten Anstalten von Stanislau (Galizien), zum erstenmal als junger Pfarrer an seinen heutigen Wirkungsort. Sein Vater war Universitätsprofessor in Greifswald; eine Missionsgesellschaft entsandte den jungen Geistlichen an den Ort, an dem er in 40 Jahren eine geradezu erstaunliche Tätigkeit entfalten sollte. Damals war die evangelische Gemeinde etwa 1000 Seelen stark und innerhalb der polnischen, jüdischen und ukrainischen Bevölkerung ohne jede Organisation. Heute hat die Gemeinde eine stattliche Kirche, eine schöne zweistöckige Schule mit Volksschule und Privatgymnasium, vor allem aber die berühmten Wohltätigkeitsanstalten, in denen Tausende von jungen Menschen ihre Erziehung genossen haben. Die Anstalten umfassen von der Siedlungspflege bis zum Altersheim eine Reihe von Abteilungen, sie beherbergen über 500 Seelen, sie erfordern über eine halbe Million Zloty jährlich, die durch Liebesgaben der ganzen Welt aufgebracht werden. Dr. Zöckler, der heute als Superintendent an der Spitze der evangelischen Kirche Galiziens steht, gibt dort seit 28 Jahren das „Evangelische Gemeindeblatt" heraus.

Beachten Sie, bitte, den gelben Streifen auf Ihrem „Courier"! —